

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausbinder
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Verantwortlich für den Inhalt
des Blattes: Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 122

Donnerstag, den 26. Mai 1927

22. Jahrgang

Baldwin bläst die Kriegspfeife.

Ultimatum an das Unterhaus.

London, 24. Mai. Vor überfüllten Tribünen und Diplomatenlogen, in denen der deutsche und der japanische Botschafter den Verhandlungen beiwohnten, beantwortete Baldwin heute nachmittag im Unterhaus die Anfrage des Stellvertreters von Macdonald, Charles, über die Gründe, die zur Hausführung bei der Arkos Anlauf gegeben hätten, und über die politischen Schlussfolgerungen, zu denen sich die Regierung nach dem Ergebnis der Hausführung genötigt sehe. Nach dem er davon gesprochen, was alles bei der Arkos gefunden, fährt er fort:

Dieses Beweismaterial genügt bereits, um das Handelsabkommen zu annullieren und die Beziehungen mit Rußland abzubrechen, denn man könne in Rußland unmöglich zwischen den einzelnen Funktionen des Staates, zwischen seiner Außenpolitik und seiner staatlichen Handelspolitik unterscheiden. Die englische Regierung sei im Besitz ausreichenden Materials, um gegen die diplomatische Sowjetmission in London den Vorwurf der ungesetzmäßigen Propaganda und der Illoyalität zu richten. Während der Londoner Sowjetvertreter England versichert habe, daß der russische Berater der Handelsregierung, Borodin, keinerlei Beziehungen zu Rußland unterhalte und nicht im Dienste der Sowjetregierung stehe, habe er Telegramme nach Rußland geschickt, in denen er gesagt habe, daß es nützlich sein würde, den Zusammenhang zwischen Borodin und russischer Regierung außerlich zu dementieren. Der englischen Regierung seien Telegramme des sowjetrussischen Außenministeriums an den Sowjetgesandten in Peking in die Hände gefallen, in denen das Außenministerium in Moskau ausdrücklich Borodin zum Vertrauensmann der russischen Politik bei der Kantonegierung bestelle und den Chinesen empfehle, ihre Beziehungen nur von Borodin entgegenzunehmen. Unlässlich des Zwischenfalles von Hankow habe der Sowjetvertreter in London telegraphisch seine Regierung ersucht, an das Arbeiterblatt „Daily Herald“ und an die unabhängige Arbeiterpartei Schilderungen über das Bombardement von Hankow zu liefern, die geeignet sein würden, die Erklärungen von Chamberlain im Unterhaus zu widerlegen. Insbesondere müßte in diesem Bericht gesagt werden, daß viele chinesische Gewerkschaftler bei dem Bombardement das Leben verloren hätten.

Aus diesen und anderem Beweismaterial, erklärte

Baldwin, sei die englische Regierung zu dem Schluss gekommen, daß Rußland trotz wiederholter ernster Warnungen nicht gekommen sei, die Verpflichtung inne zu halten sich dieser Propaganda gegen England zu enthalten und daß,

wenn das Unterhaus am Donnerstag den Regierung seine Zustimmung erteilen würde, das Handelsabkommen von 1921 aufgehoben, der Handelsdelegation alle Privilegien entzogen und alle Beziehungen zur diplomatischen Sowjetmission abgebrochen werden.

Die Regierung werde dem Unterhaus geeignete Vorschläge machen, wie der normale Handel zwischen England und Rußland trotz des Abbruchs dieser Beziehungen geregelt werden könne.

Aufruf russischer Gelehrter an die englischen Gelehrten.

Moskau, 24. Mai. Die Akademie der Wissenschaften veröffentlicht einen Aufruf an die englischen Gelehrten, in dem sie darauf hinweist, daß die mit der Durchsicherung der Sowjethandelsvertretung verknüpften Ereignisse die Gefahr eines neuen Weltkrieges schaffen, und die englischen Wissenschaftler und die gesamte denkende Menschheit zu einer Aktion für die Erhaltung des Friedens auffordert.

Pressestimmen.

Zu den Erklärungen Baldwins im Unterhaus nehmen bisher nur wenige Berliner Blätter redaktionell Stellung. Die „Tägliche Rundschau“, die erklärt, daß es sich weniger um einen außenpolitischen Schritt der englischen Regierung als um eine innenpolitische Schutzmaßnahme handelt, sagt über die Haltung Deutschlands: Wir haben mit Rußland einen Neutralitätsvertrag abgeschlossen und werden von diesem Kurse auch in Zukunft nicht abweichen. Ähnlich äußert sich das „Berliner Tageblatt“, das betont, die Frage der Option könne von dem Deutschland, das entwaffnet ist, das nur im Frieden und nur bei voller Ausnutzung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten zu leben und zu gedeihen vermag, nur negativ beantwortet werden. Die Säulen unserer Außenpolitik heißen Locarno und Rapallo-Berlin.

Dr. Marx über die politische Entwicklung in Deutschland.

Wonn, 24. Mai. Reichskanzler Dr. Marx führte gestern in einer Sitzung der Bonner Zentrumspartei über die politische Entwicklung Deutschlands u. a. aus, daß das Zentrum moralisch und juristisch richtig handele, als es nach der Katastrophe des alten Staatswesens den Weg zur heutigen Reichsverfassung ging. Das Zentrum habe die Einheit des Reiches gerettet und arbeite unaufhörlich an dem Ziele, unser Volk aus der Not zu neuer Größe zu führen. Es sei nicht Schuld des Zentrums, daß die Sozialdemokratie heute außerhalb der Regierung stehe. Wir haben dann, führte der Kanzler weiter aus, versucht, mit der Rechten zusammen zu arbeiten, und heute wird niemand auf einen Punkt hinweisen können, der ein Verlassen unserer alten Zentrumsgrundzüge bedeuten könnte. Bester Beweis für fortschreitende Einheit auf Seiten der Rechten sei die Verlängerung des Republikshutzgesetzes. An dem Tag, an dem im Kabinett etwas geschehe, was gegen den Volksstaat und die kulturellen Grundzüge des Zentrums gerichtet ist, würde er seine Entlassung aus dem Amte beantragen.

Vorbereitung neuer Gesetz-entwürfe.

Berlin, 24. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, sind die Beratungen über die Verlängerung des Republikshutzgesetzes noch nicht abgeschlossen. Das Reichskabinett hat sich entgegen den Darstellungen in der Presse deshalb auch noch nicht mit dieser Angelegenheit befaßt. Ebenso ist es nicht richtig, daß dem Kabinett bereits der Entwurf eines neuen Kapitalertragssteuergesetzes vorliegt. Auch die ministerielle Ausarbeitung der Beamtenbesoldungsreform ist noch nicht abgeschlossen. Das Projekt befindet sich noch in den Händen der zuständigen Sachbearbeiter. Es ist der Wunsch des Reichsfinanzministers, gerade diese Frage so schnell wie möglich einer Kammer zu unterbreiten. Schlichter

macht aber vorläufig u. a. noch die Frage der Forderung. Dabei ist keineswegs eine neue Anleihe in Aussicht genommen. Demnach treffen alle Gerüchte, die von Sondierungen einiger Großbanken über eine Anleihe in Amerika wissen wollen, nicht zu.

Dr. Stresemann fährt doch nach Oslo.

Berlin, 24. Mai. Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird der Reichsaußenminister voraussichtlich Ende Juni im Zusammenhang mit dem Nobelpreis in Oslo seinen Vortrag halten.

v. Siemens über die Wirtschaftskonferenz.

Genf, 24. Mai. Der Präsident des Reichswirtschaftsrates, v. Siemens, äußerte sich einem Vertreter des „Journal de Geneve“ gegenüber u. a. auch kurz über den jüngsten Sturz der deutschen Industriewerte, die nach seiner Auffassung auch noch immer viel zu hoch stehen und vielleicht nach einer Haufe wieder absteigen werden. Zum Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz erklärte er: Aller Anfang ist schwer. Aber mit jedem Tage haben die Teilnehmer mehr und mehr den Eindruck erhalten, daß die Zeit nicht unnützlich vergeudet, sondern gute Arbeit geleistet worden ist, die hoffentlich auch in der Zukunft ihre Früchte tragen wird. Dies liegt aber nicht in der Macht der Konferenz, sondern bei den politischen Instanzen, die diese Konferenz einberufen haben. Wir können nur wünschen, daß sie die Klugheit und auch den Willen aufbringen, die empfohlenen Maßnahmen in die Tat umzusetzen.

Offensive Tschangkaichais.

Schangkat, 24. Mai. Tschangkaichai hat mit beträchtlichem Erfolge einen neuen Vorstoß gegen die nordchinesischen Streitkräfte unternommen. Nach dröhnend eingegangenen Nachrichten haben zwei seiner Divisionen bei Tschinlang den Jangtse überschritten, ohne besonderen Widerstand zu finden. Die Truppen Sun-tschuanfangs zogen sich sofort längs des Kaiserkanals zurück.

Innen- und außenpolitische Fragen.

Reichstagsabgeordneter Brodau in Schwarzenberg.

Schwarzenberg, 24. Mai.

In einer Versammlung des demokratischen Vereins im Ratskeller sprach heute abend Landgerichtsdirektor A. Brodau, M. d. R. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die Ereignisse im Dezember 1926, die zum Sturz der Minderheitsregierung der Mitte geführt haben. Bekanntlich war es die Rede des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, in Königsberg, die zu dem Misstrauensantrag der Sozialdemokraten gegen das Kabinett führten. Das Kabinett trat zurück. Deutschland hatte wieder das alljährliche Schauspiel einer Regierungskrise an der Jahreswende. Von deutschnationaler Seite wurden Schritte beim Reichspräsidenten eingeleitet, um ein rechtsorientiertes Kabinett zu schaffen. Dr. Curtius, den der Reichspräsident mit der Regierungsbildung betraute, hatte aber keinen Erfolg, da das Zentrum sich abseits stellte. Es gingen eine Koalition mit den Deutschnationalen erst ein, nachdem Marx mit der Regierungsbildung betraut worden war. Warum ging das Zentrum auf einmal mit den Deutschnationalen zusammen? Weil es seine Wünsche in Bezug auf das Konkordat und das Reichschulgesetz nur durch eine Koalition mit den Deutschnationalen durchsetzen kann. Gerade das aber mußte die Demokraten bestimmen, sich nicht an dieser Regierung zu beteiligen, da keinerlei Aussicht bestand, Einfluß in der Regierung zu gewinnen. Sehr gerne hätte man allerdings das Finanzministerium den Demokraten übertragen, also das Ministerium, das die schwersten Aufgaben zu erfüllen hat. Die Aufgabe der Demokratischen Partei ist es, die Brücke zwischen dem Arbeiterstand und dem Bürgertum zu bilden. Hätte die Demokratische Partei sich ebenfalls auf die Seite der übrigen bürgerlichen Parteien gestellt, so wäre der Miß im deutschen Volke vollendet gewesen.

Die Deutschnationale Fraktion hatte durch Wahl ihre Ministerkandidaten aufgestellt, darunter auch den völkisch eingestellten Herrn Graef, den das Zentrum ablehnte. Interessant ist es auch, daß die Deutschnationale Partei, die stets die Sozialdemokratie angriff, da diese Minister stelle, die keine Fachminister wären, als Verkehrsminister den Dr. h. c. Koch brachte, einen Mann, der aus dem Handwerkerstand hervorgegangen ist. Sie setzten es durch, daß für ihn der Fachminister der Deutschen Volkspartei, Kroschke, Platz machen mußte.

Also auch die Deutschnationalen stellen Minister, die für ihr Ressort herzlich wenig Vorbildung mitbringen und, was außerdem bemerkenswert ist, sie stellen Minister, die aus dem Handwerkerstand hervorgegangen sind. Wir begrüßen diese Einstellung, müssen aber fragen, warum die Deutschnationalen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert stets angriffen, weil er aus dem Handwerkerstand hervorgegangen ist!

Außenpolitisch hat sich unter der neuen Regierung nichts geändert. Erfolge, die man sich versprochen hat, sind ausgeblieben, und man kann ruhig diesen Rückschritt auf den Eintritt der Deutschnationalen schreiben. Die Reden der deutschnationalen Minister vor ihren Wählern sind außerdem durchaus nicht in Einklang zu bringen mit der Politik, die sie im Kabinett betreiben. Erinnert sei nur an die Rede Hergts in Oberschlesien, die zu einem Schritt der polnischen Regierung führte, worauf die deutsche Regierung in den sauren Apfel einer Entschuldigung beißen mußte und erklärte, es sei nicht so schlimm gemeint gewesen!

Die Abrüstungskonferenz und die Weltwirtschaftskonferenz in Genf sind ohne einen greifbaren Erfolg gewesen. Deutscher Vertreter bei der Abrüstungskonferenz war Graf Bernstorff (Dem.), dessen Haltung einmütig anerkannt wurde.

Innenpolitisch ist besonders die Verlängerung des Republikshutzgesetzes hervorzuheben. Die Verlängerung dieses Gesetzes, einschließlich des Kaiserparagrafen, sowie die Eidesleistung der deutschnationalen Minister hat die Republik gesichert. Man darf aber nicht glauben, daß der Eid der Deutschnationalen auf die Verfassung ein Verzichtnis zur Republik ist. Graf Westarp hat ja erst unlängst betont, daß für die Deutschnationalen die Wiederherstellung des Kaisertums das Ziel bleibe.

Die deutschnationale Wählerschaft kümmert sich nicht um die Wünsche ihrer Abgeordneten, die ganz anders zu ihnen sprechen, als sie handeln. Diese Dinge bleiben unbekannt. Viele wissen auch nicht, daß das Aufwertungsgebot mit den Deutschnationalen geschlossen wurde. Der vorläufige Finanzausgleich ist nicht verbläuhend. Brechen und Wachen müßten Beträge zu